



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

2.4.2025

### Selbstverpflichtungen der Bundesregierung zum Weltgipfel für Menschen mit Behinderungen 2025

Ressort	Mehrere Ressorts der Bundesregierung
AA BMJ BMWK BMEL BMAS BMG BMFSFJ BMZ BMWWSB BMBF	<p><b>Mehr Transparenz über die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der deutschen öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA)</b></p> <p>Um zu kontrollieren, inwiefern Inklusion von Menschen mit Behinderungen umgesetzt wird, soll zukünftig der sogenannte OECD DAC-Behindertenpolitikmarker auf Bundeshaushaltspläne aus den folgenden Ressorts angewendet werden:            AA, BMJ, BMWK, BMEL, BMAS, BMG, BMFSFJ, BMZ, BMWWSB, BMBF</p>
<b>Auswärtiges Amt</b>	
AA	<p><b>Verstärkte Unterstützung von Minenopfern durch verbesserte Opferfürsorge</b></p> <p>Menschen mit Behinderungen, die Opfer von Minen oder explosiven Kampfmitteln geworden sind, sollen durch umfassende Opferfürsorge unterstützt werden.</p>

AA	<p><b>Verstärkte Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen in der humanitären Hilfe</b> Die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen werden bei der Konzeption, Durchführung und Koordination humanitärer Projekte berücksichtigt.</p>
AA	<p><b>Konsequente Anwendung des Gender-Age-Disability-Markers zur Verbesserung der Bedarfsorientierung in der humanitären Hilfe</b> 100 % der humanitären Hilfsprojekte des Auswärtigen Amtes werden anhand des Gender-Age-Disability-Markers bewertet.</p>
AA	<p><b>Barrierefreie Kommunikation und Informationen auf der Website des Auswärtigen Amtes</b> Bis 2026/27 macht das AA seine <b>digitale Kommunikation barrierefrei</b> (deutsche Gebärdensprache und Leichte Sprache). Dadurch werden konsularische Dienstleistungen, Pressekonferenzen und außenpolitischen Informationen auf der Website für alle Menschen zugänglich.</p>
<b>Bundesministerium für Arbeit und Soziales</b>	
BMAS	<p><b>Stärkung der ressort- und ebenenübergreifenden Zusammenarbeit im Bereich Barrierefreiheit</b> Ziel ist es, die Vernetzung der verschiedenen Akteure, die für die Umsetzung von Barrierefreiheit in Politik und Gesellschaft verantwortlich sind, zu stärken, Expertise zu bündeln, Synergien zu schaffen und die Umsetzung von Maßnahmen zu beschleunigen. Dieser Prozess wurde mit der Bundesinitiative Barrierefreiheit angestoßen und soll in den kommenden Jahren intensiviert werden.</p>
BMAS	<p><b>Förderung der Barrierefreiheit durch die Entwicklung und Umsetzung von Standards für Leichte Sprache</b> Standards für Leichte Sprache sind eingeführt worden, damit allestaatlichen Akteur*innen eine sprachliche Barrierefreiheit ermöglichen können.</p>
BMAS	<p><b>Barrierefreiheit in der digitalen Welt – Teilhabe durch Digitalisierung</b></p>

	Für private Akteur*innen wird erstmal eine gesetzliche Verpflichtung eingeführt, bestimmte Produkte und Dienstleistungen barrierefrei herzustellen und anzubieten. Das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz tritt am 28. Juni 2025 in Kraft.
BMAS	<p><b>Digitale Barrierefreiheit bei öffentlichen Stellen des Bundes vorantreiben</b></p> <p>Ziel der Barrierefreien Informationstechnik-Verordnung (BITV 2.0) ist es, sicherzustellen, dass öffentliche Stellen des Bundes eine barrierefreie Gestaltung der Informations- und Kommunikationstechnik gewährleisten, indem sie digitale Informationen und Dienste für Menschen mit Behinderungen zugänglich und nutzbar machen. Die BITV 2.0 wurde 2024 evaluiert. Die Ergebnisse der Evaluation werden derzeit überprüft und die Verordnung im Rahmen einer Reform entsprechend angepasst.</p>
BMAS	<p><b>Menschen mit Behinderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt</b></p> <p>Menschen mit Behinderung sollen darin unterstützt werden, von Werkstätten in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu wechseln.</p>
BMAS	<p><b>Ausbau der Angebote für Unterstützte Beschäftigung</b></p> <p>Ziel ist es, mehr Menschen mit Behinderungen durch Unterstützte Beschäftigung in Beschäftigungsverhältnisse auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu vermitteln. Im Rahmen des Aktionsplans „Übergänge von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen in einen inklusiven Arbeitsmarkt“ sollen die Angebote der Unterstützten Beschäftigung auch Menschen mit Behinderungen zugänglich gemacht werden, die aufgrund der Schwere ihrer Behinderung bisher von diesen Angeboten ausgeschlossen waren.</p>
BMAS	<p><b>Verbesserung der Qualität der beruflichen Bildung für Menschen mit Behinderungen</b></p> <p>Der Beteiligungsprozess zur Qualität der beruflichen Bildung für Menschen mit Behinderungen wird fortgesetzt. Zu diesem Zweck werden alle relevanten Organisationen, die Menschen mit Behinderungen vertreten, in den Prozess einbezogen. Die Ergebnisse des Prozesses werden angemessen umgesetzt.</p>

BMAS	<p><b>Mehr Beratung und Unterstützung für Arbeitgebende, Menschen mit Behinderungen einzustellen</b> Zukünftig werden die Anlaufstellen noch enger mit den für die Arbeitsvermittlung zuständigen Stellen zusammenarbeiten.</p>
BMAS	<p><b>Gemeinsames digitales Antragsformular für Rehabilitations- und Teilhabeleistungen</b> Mit dem Gemeinsamen Grundantrag soll für alle Antragstellenden der Zugang zu Leistungen der Rehabilitation und Teilhabe deutlich erleichtert werden.</p>
BMAS	<p><b>Mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen unabhängig von ihrer Wohnsituation (Deinstitutionalisierung)</b> Der Bundesgesetzgeber hat mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) das deutsche Recht im Sinne der UN-BRK weiterentwickelt und die Eingliederungshilfe neu ausgerichtet, um Menschen mit (wesentlichen) Behinderungen dabei zu stärken und zu unterstützen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Die Eingliederungshilfeleistungen richten sich nun nach dem maßgebenden personenzentrierten Ansatz konsequent am individuellen Bedarf der Menschen mit Behinderungen aus, unabhängig von der Wohnform. Dies trägt dazu bei, dass die bestehende Entwicklung hin zu einer immer stärkeren Deinstitutionalisierung über das Leistungsrecht weiter gefördert wird.</p>
BMAS	<p><b>Unterstützung bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG):</b> Nach der verfassungsmäßigen Grundordnung fällt die Umsetzung der reformierten Eingliederungshilfe in die Zuständigkeit der Länder und den mit der Aufgabe betrauten Trägern der Eingliederungshilfe. Die Bundesregierung arbeitet jedoch intensiv mit an dem gemeinsamen Ziel, dass die Umsetzung des BTHG gut gelingt und unterstützt die Länder auf allen Ebenen. Das BMAS lässt die Wirkungen und Praxistauglichkeit der neuen Regelungen wissenschaftlich untersuchen. Nach Abschluss der Projekte (Ende 2024) werden die Ergebnisse veröffentlicht und durch die Bundesregierung ausgewertet, ob Änderungen erforderlich sind. Darüber hinaus findet ein regelmäßiger, enger Austausch zum Umsetzungsstand mit den Ländern statt, um Schwierigkeiten zu identifizieren und gemeinsam bestmögliche Lösungen zu finden.</p>

Bundesministerium für Digitales und Verkehr	
BMDV	<p><b>Leitfaden zu barrierefreier Ladeinfrastruktur</b></p> <p>Die Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur (NLL) hat im Auftrag des Bundesministeriums für Digitalisierung und Verkehr (BMDV) einen Leitfaden veröffentlicht, der klare technische, räumliche und digitale Anforderungen an barrierefreie Ladestationen beschreibt.</p>
BMDV	<p><b>Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehr durch den mFUND</b></p> <p>Das mFUND-Programm besteht aus zahlreichen Investitionsmaßnahmen, um Mobilität für alle Menschen zu ermöglichen.</p> <p>Beispiel:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das Projekt „OD2Guide“ soll blinde und sehbehinderte Menschen bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel unterstützen. Dafür werden offene und interaktive Geodaten und lokale Verkehrsdaten genutzt. Auf deren Grundlage wird eine Audio-Navigationsplattform mit einem Audio-Chatbot (einem KI-basierten Dialogsystem) und einem Feedback-Kanal entwickelt. Das Projekt wird mit insgesamt rund 865.000 EUR gefördert.</li> <li>• Barrierefrei-Apps: Das Projekt „Opener Next“ nutzt offene Datenmodelle, Bürgerdatenengagement und Navigationstools, um Navigations-Apps zu entwickeln. Mit frei verfügbaren Datenerfassungs-Apps können Bürgerinnen und Bürger selbst eintragen, wo man barrierefrei mobil sein kann. Ein Pilotprojekt ist ein barrierefreies Reiseinformationssystem, einschließlich Indoor-Navigation an Bahnhöfen. Das Projekt wird mit insgesamt rund 1,7 Millionen Euro gefördert.</li> </ul>

<b>Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend</b>	
BMFSFJ	<p><b>Verbesserter Schutz vor Gewalt in der häuslichen Pflege</b></p> <p>Einrichtung einer ressortübergreifenden Steuerungsgruppe und Entwicklung von Maßnahmen in Abstimmung mit der Zivilgesellschaft, Verbänden und wissenschaftlichen Expertinnen und Experten geeignete Maßnahmen.</p>
BMFSFJ	<p><b>Inklusive Kinder- und Jugendhilfe</b></p> <p>Die inklusive Kinder- und Jugendhilfe fördert Kinder und Jugendliche künftig ganzheitlich und individuell. Das Vorhaben betrifft rund 430.000 Kinder und Jugendliche mit Behinderungen in Deutschland.</p>
<b>Bundesministerium für Gesundheit</b>	
BMG	<p><b>Inklusion und Barrierefreiheit im Gesundheitswesen</b></p> <p>Vorstellung des „Aktionsplan für ein vielfältiges, inklusives und barrierefreies Gesundheitssystem“ durch das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).</p>
<b>Bundesministerium des Innern und für Heimat</b>	
BMI	<p><b>Inklusive Resilienzstrategie</b></p> <p>Deutschland verpflichtet sich, bis 2027 nationale Instrumente, Empfehlungen und Indikatoren zu entwickeln, um eine inklusive Katastrophenvorsorge und -reaktion zu gewährleisten. Die Ergebnisse fließen in die Weiterentwicklung der deutschen Resilienzstrategie ein und werden auf unserer Plattform für Katastrophenrisikomanagement <a href="http://www.katrima.de">www.katrima.de</a> veröffentlicht.</p>
BMI	<p><b>Förderung der Barrierefreiheit im Ehrenamt</b></p> <p>Gemeinsam mit Behindertenorganisationen wird bis Ende 2026 ein einheitliches Konzept für barrierefreies Engagement, Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Ehrenamt entwickelt.</p>

BMI	<p><b>Stärkung von Selbstschutz und Selbsthilfe in Krisen</b></p> <p>Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) überarbeitet derzeit den „Leitfaden zur Notfallvorsorge und zum richtigen Handeln in Notsituationen“. Darin sollen zukünftig die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden. Der Leitfaden soll zudem barrierefrei gestaltet und als Version in Leichter Sprache und Gebärdensprache erstellt werden.</p>
<b>Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen</b>	
BMWSB	<p><b>Barrierefreies Wohnen</b></p> <p>Dialogprozess zum Thema Barrierefreiheit im Wohnungswesen soll gefördert werden.</p>
<b>Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung</b>	
BMZ	<p><b>Zentrum für resiliente und inklusive Städte</b></p> <p>In Deutschland wird ein Zentrum für resiliente und inklusive Städte gegründet. Dessen Ziel ist es, physische und soziale Barrieren für Menschen mit Behinderungen in Städten abzubauen. Die Bundesregierung stellt der Initiative von Januar 2025 bis Dezember 2026 10 Millionen Euro Startkapital zur Verfügung.</p>
BMZ	<p><b>Schulden gegen Bildung für Kinder mit Behinderungen</b></p> <p>Deutschland und Jordanien haben einen Schuldentausch vereinbart. Anstatt 5 Millionen Euro an Schulden zurückzahlen, hat sich Jordanien dazu verpflichtet, das Geld jordanische Schulen zu investieren, um diese barrierefrei zu gestalten.</p>
BMZ	<p><b>Inklusions-Mainstreaming</b></p> <p>Deutschland wird dem Jordanischen Ministerium für Planung und internationale Zusammenarbeit über die GIZ bis zu 500.000 EUR an technischer Zusammenarbeit zur Verfügung stellen, um sein Portfolio an Entwicklungsprojekten im Bereich Inklusions-Mainstreaming zu erweitern.</p>

BMZ	<p><b>Soziale Sicherung für Jordanier*innen mit Behinderungen</b></p> <p>Deutschland wird dem Jordanischen Ministerium für soziale Entwicklung über die GIZ bis zu 5 Millionen Euro an technischer Zusammenarbeit zur Verfügung stellen, um schutzbedürftige Jordanier*innen mit Behinderungen in den Gemeinden durch soziale Sicherungsmaßnahmen zu unterstützen.</p>
BMZ	<p><b>Inklusion von Menschen mit Behinderungen in Afrika</b></p> <p>Die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich in Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union (AU), die Kompetenzen der Dachverbände von Menschen mit Behinderungen (OPDs) in Afrika, einschließlich des African Disability Forum, sowie anderer relevanter Akteure im Rahmen des Projekts auf institutioneller Ebene zu stärken. Darüber hinaus will sie die Rahmenbedingungen für Inklusion und die Rechte von Menschen mit Behinderungen bei der Umsetzung des Afrikanischen Protokolls für Menschen mit Behinderungen (ADP) verbessern und die Rechte und die Teilhabe von Frauen und Jugendlichen mit Behinderungen in Afrika durch ein neues Regionalprojekt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit „Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderungen“ (BRIDGE) in Afrika von 2024 bis 2028 fördern.</p>
BMZ	<p><b>Unterstützung des Globalen Südens bei der Umsetzung des 15%-Ziels der GDS-Erklärung</b></p> <p>Deutschland erhöht die Mittel für das von der GIZ umgesetzte Globale Programm zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen um 2 Millionen Euro, um es fortzuführen. Das Programm wird auch den Globalen Süden bei der Umsetzung des 15%-Ziels der GDS-Erklärung unterstützen.</p>
BMZ	<p><b>Prävention von Behinderungen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen</b></p> <p>Krankenhauspartnerschaften sollen dabei helfen, vermeidbare Behinderungen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen einzudämmen.</p> <p>Beispiel:</p> <p>Im Rahmen dieses Programms „Krankenhauspartnerschaften“ unterstützt das BMZ die Ukraine zudem bei der Stärkung der behindertengerechten Gesundheitsversorgung und insbesondere bei der Rehabilitation von Menschen mit Behinderungen in Bereichen wie Prothetik und psychischer Gesundheit.</p>

<p>BMZ</p>	<p><b>BMZ als inklusiver Arbeitgeber</b></p> <p>Das BMZ setzt sich für die Erhöhung des Anteils von Schwerbehinderten bzw. diesen gleichgestellten Personen bei den Mitarbeitenden und Führungskräften ein. Dafür werden Referentinnen mit einer Schwerbehinderung oder Gleichstellung im Auswahlprozess des Netzwerkprogramms „Frauen in Führung“ angemessen berücksichtigt.</p> <p>Ab 2026 soll jedes Jahr mindestens ein*e Auszubildende*r mit Schwerbehinderung bzw. Gleichstellung im BMZ beschäftigt werden.</p> <p>Zur Inklusion von gehörlosen Kolleg*innen im BMZ und zur Erhöhung der Barrierefreiheit der BMZ-Öffentlichkeitsarbeit soll im Jahr 2025 ein*e Dolmetscher*in für Deutsche Gebärdensprache/deutsche gesprochene Sprache im BMZ-Sprachendienst eingestellt werden.</p>
<p><b>Bundespresseamt</b></p>	
<p>BPA</p>	<p><b>Berufspraktika für Menschen mit geistiger Behinderung</b></p> <p>Berufspraktikum im BPA für einen Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen vom 4. Quartal 2024 bis Mitte 2025. Das mehrmonatige Praktikum soll als Orientierung dienen, ob Tätigkeiten und Arbeitsabläufe im BPA für die Beschäftigung von Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen geeignet sind. Ziel ist es, mit Blick auf die Förderung eines inklusiven Arbeitsmarkts zu prüfen, inwieweit Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen außerhalb der Werkstatt für Menschen mit Behinderungen eine Beschäftigung angeboten werden kann, die idealerweise zugleich einen Mehrwert für die barrierefreie Kommunikation der Bundesregierung schafft.</p>



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

<b>Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien</b>	
BKM	<p><b>Inklusiv zugängliche Dauerausstellung im Haus der Geschichte in Bonn</b></p> <p>Zum „Global Disability Summit“ hat die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine Selbstverpflichtung eingereicht, in der festgelegt ist, dass die neue Dauerstellung in Bonn inklusiv zugänglich gestaltet sein wird. Für die Umsetzung dieses Vorhabens wirken Menschen mit Behinderung an der Entwicklung der Ausstellung mit. Die Einrichtung wird von der BKM gefördert.</p>
BKM	<p><b>Inklusion in der Bundeskunsthalle Bonn</b></p> <p>Die Bundeskunsthalle verpflichtet sich anlässlich des Gipfels, ihr Engagement für mehr Inklusion weiter zu verstärken. In dem von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) geförderten Projekt „Verbund Inklusion“ hatte die Bundeskunsthalle zusammen mit sechs Partnermuseen vielfältige Ansätze zur inklusiven Museumsarbeit erarbeitet. Die Einrichtung wird von der BKM gefördert.</p>